

Antrag 2024/I/Umw/2

Jusos Hamburg

Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag
- 2 weiterleiten:
- 3 Die globale Klimaerhitzung, der damit verbundene Rückgang an Biodiversität und die schritt-
- 4 weise Vergiftung der Umwelt sind die größte Gefahr für das menschliche Überleben auf unse-
- 5 rem Planeten. Sie aufzuhalten ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir fordern,
- 6 dass diese Herausforderung endlich entsprechend angegangen wird.
- 7 Dafür braucht es, in unserer Art uns fortzubewegen, zu wirtschaften und zu konsumieren eine
- 8 Kehrtwende. Mit dieser werden weitreichende Konsequenzen für unser aller Leben und Arbei-
- 9 ten einhergehen. Wo Individuen dadurch Härten ausgesetzt sind, muss der Staat unterstüt-
- 10 zend eingreifen und die Härten abfedern. Die soziale Komponente muss bei jeder politischen
- 11 Entscheidung konsequent mitgedacht werden.
- 12 Wir fordern eine sozial-ökologische Transformation, der politisch höchste Priorität eingeräumt
- 13 wird. Dazu gehört auch, dass diejenigen zur Finanzierung der Transformation herangezogen
- 14 werden, die vom vorherrschenden System der Ausbeutung von Natur und Mensch über die
- 15 Maßen profitiert und immense Vermögen angehäuft haben.
- 16 Das für Deutschland vorgesehene Emissions-Budget im Pariser Klimaabkommen darf nicht
- 17 überschritten werden. Nach diesem obersten Ziel ist alle Gesetzgebung und auch deren Um-
- 18 setzung auszurichten. Das bedeutet auch, dass ambitionierte Regelungen, wie das 2019 be-
- 19 schlossene Klimaschutzgesetz, nicht rückgängig gemacht bzw. entschärft werden, sobald sich
- 20 herausstellt, dass die implementierten Mechanismen funktionieren.
- 21 Von politisch fehlgeleiteten Ambitionen, wie der Schuldenbremse muss Abstand genommen
- 22 werden. Sie ist ein selbstgezogener Fallstrick, der, uns daran hindert, real existierende, existen-
- 23 zielle Herausforderungen zu lösen.
- 24 Intergenerationelle Gerechtigkeit heißt nicht sparen in der Gegenwart, um kommenden Gene-
- 25 rationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern Investitionen in der Gegenwart für die Zu-
- 26 kunft tätigen, um für kommenden Generationen funktionierende Infrastruktur, gute Bildung
- 27 und soziale Absicherung zu ermöglichen!
- 28 Wir fordern alle Entscheidungsträger*innen zur Solidarität nicht nur mit den zukünftigen, son-
- 29 dern auch mit unserer Generation auf.
- 30 Denn auch unsere Generation hat, unabhängig davon, wo auf der Erde wir leben, das Recht, in
- 31 den nächsten Jahrzehnten sozial abgesichert, nicht durch immer heftigere Naturkatastrophen
- 32 bedroht und frei von Versorgungsnot zu leben.

33 Um dies sicherzustellen, haben wir uns der Verwirklichung der Sustainable Development
34 Goals (SDG) verschrieben. Wir sind davon überzeugt: Sozialpolitik ist Klimaschutz und Klima-
35 schutz ist Sozialpolitik. Alle SDG setzen immanent einen effektiven Klimaschutz voraus und
36 können deshalb nicht davon losgelöst betrachtet oder verwirklicht werden. Vor allem darf
37 der Klimaschutz aber auch nicht nur national, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes be-
38 trachtet werden. Die Klimakatastrophe ist eine globale Katastrophe und muss als eine solche
39 bekämpft werden. Insbesondere die Menschen im globalen Süden leiden unter den Folgen die-
40 ser Katastrophe. Wir als Menschen, die im globalen Norden leben und die Hauptverantwortli-
41 chen dieser Krise sind, müssen Verantwortung übernehmen und den globalen Süden vor den
42 Folgen der Klimakrise schützen. Das heißt, dass Entwicklungshilfen nicht gekürzt, sondern aus-
43 geweitet werden sollten und wissenschaftliches Know-How weitergegeben wird.

44 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

45 Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft

46 1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch fol-
47 gende Maßnahmen sichergestellt: Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und
48 auf See sowie der Photovoltaik-Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetz-
49 ten Erzeugungsziele für die jeweiligen Erzeugungsarten einzuhalten - Die Forschung an
50 und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen wird intensiviert. Dabei
51 wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen und der Entwicklung
52 neuer, möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung nachbarschaftlicher In-
53 teressenkonflikte liegen. - Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensi-
54 viert. Dabei werden nicht nur in Kooperation mit internationalen Partnern, die auf geo-
55 graphisch dafür prädestiniert sind (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) konkrete Plä-
56 ne für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken gefasst. Andere Arten der Stromspeiche-
57 rung, die auch in Deutschland möglich sind, werden erforscht und Pilotprojekte voran-
58 getrieben. - Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von
59 Genehmigungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb
60 des verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt. 2. Die Energiewende wird
61 partizipativ gestaltet, indem: - die Gründung von Energiegenossenschaften durch finan-
62 zielle Förderung und Absicherung intensiviert wird - der konsequente Ausbau von Pro-
63 duktionsstätten für grünen Wasserstoff sowie ein entsprechendes Verteilungsnetz – zu-
64 nächst für die Industrie, mittel und langfristig auch für Privathaushalte – vorangetrieben
65 wird, denn dies ist für die Transformation der Wirtschaft und das Gelingen der Wärme-
66 wende essentiell. 3. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung
67 und des Verbrauchs entsprechend ausgebaut: - Insbesondere alle in Planung befindlichen
68 Nord-Süd-Trassen werden bis 2030 fertiggestellt. - Weiterhin wird das Netz zügig so um-
69 gebaut, dass leistungsstarke Trassen Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen
70 Ballungsräumen) und Erzeugungsorte verbinden. - Die Verteilnetze werden so verstärkt
71 und ausgebaut, dass sie nicht durch eine kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom
72 aus Photovoltaikdachanlagen überfordert werden. 4. Eine erschwingliche Energieversor-

73 gung für Industrie und Private wird gesichert, indem - der Preisbildungsmechanismus an
74 den Strombörsen dahingehend geändert wird, das nicht mehr der Markträumungspreis
75 (Merit-Order) bestimmt ist, jedoch weiterhin Anreize bestehen, Strom aus erneuerbaren
76 Energien anzubieten und dieses Angebot auszubauen, - die Stromsteuer für Privathaus-
77 halte und Unternehmen abgeschafft wird, - ein Brückenstrompreis für energieintensive
78 Industrie- und Handwerksbetriebe eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des
79 kurzfristig zu erwartendem Anstieg des Strompreises, abzufedern und setzt zugleich An-
80 reize, den Energieverbrauch zu reduzieren. 5. Die Vermeidung ungewollter internationa-
81 ler Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung stellen wir sicher, in dem - durch
82 gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und Entwicklung der Techno-
83 logien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische Union stattfindet. - Die
84 Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein europäisches
85 Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und Speicherkapazitäten unterschiedli-
86 cher Art überall auf dem europäischen Kontinent europaweit die Stromversorgung gesi-
87 chert ist.

88 Finanzierung

89 6. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen ergriffen
90 - Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung beigemess-
91 sen. - Die Schuldenbremse wird abgeschafft, um den Weg für die erforderlichen Investitionen
92 freizumachen. - Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft. - Für den
93 Erneuerbaren-Energien-Sektor wird vom grundsätzlichen Verbot staatlicher Beihilfen (Art. 107 I
94 AEUV) wird unter bestimmten Bedingungen eine Ausnahme vorgesehen. - Wirksame einmalige
95 und dauerhafte Vermögensabgaben mit und ohne Emissionsbezug, um eine gerechte Vertei-
96 lung der Kosten für die Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zur Nachhaltigkeit
97 zu erreichen.

98 Soziale und partizipative Gestaltung

99 7. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber hinaus: - Das
100 bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich auszahlen. Dafür sind die Ein-
101 nahmen aus dem staatlichen CO2-Preis vollständig umzulegen. - Aus- und Weiterbildungsan-
102 gebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für Menschen schaffen, die vorher in Sektor ge-
103 arbeitet haben, der durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft wegfällt. - Beratungsangebo-
104 te für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der Transformation betroffen sind -
105 Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen, Transformationsentscheidungen in ihren
106 Unternehmen zu beeinflussen.

107 Hohes Ambitionsniveau aufrecht erhalten

108 Das im 2019 beschlossenen KSG vorgesehene Modell der Ressortverantwortlichkeiten wird bei-
109 behalten.